

BUNDESGESETZBLATT

FÜR DIE REPUBLIK ÖSTERREICH

Jahrgang 1994

Ausgegeben am 17. November 1994

277. Stück

- 890.** Kundmachung: Geltungsbereich der Europäischen Konvention über die Gleichwertigkeit der Reifezeugnisse
- 891.** Kundmachung: Geltungsbereich des Zusatzprotokolls zur Europäischen Konvention über die Gleichwertigkeit der Reifezeugnisse
- 892.** Notenwechsel zwischen der Regierung der Republik Österreich und der Regierung der Bundesrepublik Deutschland über die Anwendung des Abkommens zwischen der Regierung der Republik Österreich und der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik über Informations- und Erfahrungsaustausch auf dem Gebiet des Strahlenschutzes in der den veränderten Umständen angepaßten Fassung zwischen Österreich und dem gesamten Gebiet der Bundesrepublik Deutschland samt Anlage
(NR: GP XVIII RV 1229 AB 1847 S. 174. BR: AB 4919 S. 589.)
- 893.** Abkommen zwischen der Republik Österreich und der Argentinischen Republik über die Förderung und den Schutz von Investitionen
(NR: GP XVIII RV 683 VV S. 91. BR: AB 4399 S. 562.)

890. Kundmachung des Bundeskanzlers betreffend den Geltungsbereich der Europäischen Konvention über die Gleichwertigkeit der Reifezeugnisse

Nach Mitteilungen des Generalsekretärs des Europarats haben folgende weitere Staaten ihre Ratifikations- bzw. Beitrittsurkunden zur Europäischen Konvention über die Gleichwertigkeit der Reifezeugnisse (BGBl. Nr. 44/1957, letzte Kundmachung des Geltungsbereichs BGBl. Nr. 173/1993) hinterlegt:

Staaten:	Datum der Hinterlegung der Ratifikations- bzw. Beitrittsurkunde:
Kroatien	27. Jänner 1993
Ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien	30. März 1994
Polen	10. Oktober 1994

Einer weiteren Mitteilung des Generalsekretärs zufolge hat das Vereinigte Königreich am 2. September 1994 den Geltungsbereich der Konvention auf die Insel Man ausgedehnt.

Vranitzky

891. Kundmachung des Bundeskanzlers betreffend den Geltungsbereich des Zusatzprotokolls zur Europäischen Konvention über die Gleichwertigkeit der Reifezeugnisse

Nach Mitteilungen des Generalsekretärs des Europarats haben folgende weitere Staaten ihre Ratifikations- bzw. Beitrittsurkunden zum Zusatzprotokoll zur Europäischen Konvention über die Gleichwertigkeit der Reifezeugnisse (BGBl. Nr. 327/1985, letzte Kundmachung des Geltungsbereichs BGBl. Nr. 174/1993) hinterlegt:

Staaten:	Datum der Hinterlegung der Ratifikations- bzw. Beitrittsurkunde:
Kroatien	27. Jänner 1993
Ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien	30. März 1994
Polen	10. Oktober 1994

Einer weiteren Mitteilung des Generalsekretärs zufolge hat das Vereinigte Königreich am 2. September 1994 den Geltungsbereich des Zusatzprotokolls auf die Insel Man ausgedehnt.

Vranitzky

892.

Der Nationalrat hat beschlossen:

Der Abschluß des nachstehenden Staatsvertrages samt Anlage wird genehmigt.

Notenwechsel zwischen der Regierung der Republik Österreich und der Regierung der Bundesrepublik Deutschland über die Anwendung des Abkommens zwischen der Regierung der Republik Österreich und der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik über Informations- und Erfahrungsaustausch auf dem Gebiet des Strahlenschutzes in der den veränderten Umständen angepaßten Fassung zwischen Österreich und dem gesamten Gebiet der Bundesrepublik Deutschland samt Anlage

Der Bundesminister des Auswärtigen

Bonn, 1. Juli 1993

Seiner Exzellenz
Dem Botschafter der Republik Österreich
Dr. Friedrich Hoess
Bonn

Herr Botschafter,

Der österreichische Botschafter

Bonn, am 3. August 1993

Ich beehre mich, Ihnen im Namen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland die folgende Vereinbarung über Fragen gemeinsamen Interesses im Zusammenhang mit kerntechnischer Sicherheit und Strahlenschutz vorzuschlagen:

Herr Minister,

Ich beehre mich, im Namen der Regierung der Republik Österreich den Empfang Ihrer Note vom 1. Juli 1993 zu bestätigen, die wie folgt lautet:

Die Bestimmungen des Abkommens vom 3. Mai 1988 zwischen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und der Regierung der Republik Österreich über Informations- und Erfahrungsaustausch auf dem Gebiet des Strahlenschutzes werden nunmehr in der den veränderten Umständen angepaßten Fassung für das gesamte Gebiet der Bundesrepublik Deutschland angewandt. Der Wortlaut der jetzt geltenden Fassung ist als Anlage beigefügt.

„Die Bestimmungen . (es folgt der weitere Text der Eröffnungsnote) erfüllt sind.“

Ich beehre mich zu bestätigen, daß die Regierung der Republik Österreich diesem Vorschlag zustimmt, und daß die Note Eurer Exzellenz und diese Antwortnote eine Vereinbarung zwischen der Regierung der Republik Österreich und der Regierung der Bundesrepublik Deutschland bilden, welche am ersten Tag des dritten Monats nach Ablauf des Monats in Kraft tritt, in dem die beiden Regierungen einander auf diplomatischem Weg mitgeteilt haben, daß die jeweiligen innerstaatlichen Voraussetzungen für das Inkrafttreten erfüllt sind.

Falls sich die Regierung der Republik Österreich mit diesem Vorschlag einverstanden erklärt, werden diese Note und die das Einverständnis Ihrer Regierung zum Ausdruck bringende Antwortnote Eurer Exzellenz eine Vereinbarung zwischen unseren beiden Regierungen bilden, die am ersten Tag des dritten Monats nach Ablauf des Monats in Kraft tritt, in dem die beiden Regierungen einander auf diplomatischem Wege mitgeteilt haben, daß die jeweiligen innerstaatlichen Voraussetzungen für das Inkrafttreten erfüllt sind.

Die Regierung der Republik Österreich geht davon aus, daß dieses Abkommen als Grundlage für die Weiterentwicklung der bilateralen Zusammenarbeit zwischen unseren beiden Staaten anzusehen ist.

Genehmigen Sie, Herr Botschafter, die Versicherung meiner ausgezeichneten Hochachtung.

Genehmigen Sie, Herr Minister, die Versicherung meiner ausgezeichneten Hochachtung.

Kinkel

Hoess

Seiner Exzellenz
Dem Bundesminister des Auswärtigen
Dr. Klaus Kinkel
Bonn

Artikel 3

(1) Die beiden Vertragsparteien benachrichtigen einander unverzüglich auf direktem Wege über nukleare Unfälle in Kernanlagen oder bei sonstigen Tätigkeiten, die durch Freisetzung radioaktiver Stoffe das Hoheitsgebiet des anderen Staates beeinflussen können.

(2) Die beiden Vertragsparteien benachrichtigen einander über ungewöhnlich erhöhte Werte der Radioaktivität auf dem jeweiligen Hoheitsgebiet, die nicht auf einen nuklearen Unfall in einer Kernanlage oder bei einer sonstigen Tätigkeit auf diesem Hoheitsgebiet zurückzuführen sind.

Abkommen zwischen der Regierung der Republik Österreich und der Regierung der Bundesrepublik Deutschland über Informations- und Erfahrungsaustausch auf dem Gebiet des Strahlenschutzes

Die Regierung der Republik Österreich und die Regierung der Bundesrepublik Deutschland sind —

in dem Wunsch, die Beziehungen zwischen der Republik Österreich und der Bundesrepublik Deutschland auf der Grundlage der Schlußakte der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa weiter zu vertiefen,

in der Überzeugung, daß die Zusammenarbeit durch Informations- und Erfahrungsaustausch auf dem Gebiet des Strahlenschutzes für den Schutz der in Strahlenschutzbereichen tätigen Personen, der Bevölkerung und der Umwelt vor Strahlengefahren von Bedeutung ist,

unter Berücksichtigung des Übereinkommens vom 26. September 1986 über die frühzeitige Benachrichtigung bei nuklearen Unfällen, insbesondere seines Artikels 9, und der bewährten Prinzipien der Zusammenarbeit in der Internationalen Atomenergie-Organisation —

wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

Dieses Abkommen wird angewendet auf nukleare Anlagen und Tätigkeiten, wie sie im Artikel 1 des Übereinkommens über die frühzeitige Benachrichtigung bei nuklearen Unfällen aufgeführt sind.

Artikel 2

(1) Die beiden Vertragsparteien konsultieren einander einmal im Jahr und bei besonderen Anlässen über die allgemeine Entwicklung der friedlichen Nutzung der Kernenergie, insbesondere über Methoden und Ergebnisse der Strahlenschutzüberwachung der in Strahlenschutzbereichen tätigen Personen, der Bevölkerung und der Umwelt.

(2) Die beiden Vertragsparteien informieren einander über ihre Kernreaktoren sowie über ihre Anlagen für bestrahlte Kernbrennstoffe und für die Endlagerung radioaktiver Abfälle.

Artikel 4

Der Inhalt der gemäß Artikel 2 geführten Konsultationen und übermittelten Informationen kann ohne Einschränkung genutzt werden, es sei denn, er wurde von einer Seite als vertraulich erklärt.

Die Weitergabe vertraulicher Informationen an Dritte darf nur in gegenseitigem Einverständnis erfolgen.

Artikel 5

(1) Dieses Abkommen tritt mit dem ersten Tag des dritten Monats nach dem Monat in Kraft, in dem die Vertragsparteien einander schriftlich auf diplomatischem Wege mitgeteilt haben, daß die jeweiligen innerstaatlichen Voraussetzungen für das Inkrafttreten gegeben sind.

(2) Änderungen und Ergänzungen des vorliegenden Abkommens sind zwischen den Vertragsparteien zu vereinbaren und bedürfen der Schriftform. Änderungen der in der Anlage genannten Kontaktstellen werden der anderen Vertragspartei schriftlich auf diplomatischem Wege mitgeteilt.

(3) Die beiliegende Anlage ist Bestandteil dieses Abkommens.

(4) Dieses Abkommen wird für unbegrenzte Zeit geschlossen. Es kann von jeder Vertragspartei schriftlich auf diplomatischem Wege gekündigt werden; in diesem Fall verliert es nach sechs Monaten, vom Tage des Eingangs der Kündigung, seine Gültigkeit.

Anlage**zum Abkommen zwischen der Regierung der Republik Österreich und der Regierung der Bundesrepublik Deutschland über Informations- und Erfahrungsaustausch auf dem Gebiet des Strahlenschutzes****1. Zu Artikel 2 Absatz 2 des Abkommens:****1.1 Informationen über in Betrieb befindliche und geplante Kernreaktoren sowie Anlagen für bestrahlte Kernbrennstoffe und für die Endlagerung radioaktiver Abfälle umfassen folgende Angaben, um eine Beurteilung der Auswirkungen eines nuklearen Unfalls in einer solchen Anlage für das Hoheitsgebiet des jeweiligen Staates zu erlauben:**

- Name der Anlage,
- Standort und Adresse,
- Eigentümer,
- Betreiber,
- Zweck,
- Hauptparameter der Anlage,
- Gegenwärtiger Status,
- Betriebsweise,
- Beschreibung des Standortes,
- Behandlung und Lagerung radioaktiver Abfälle und bestrahlter Kernbrennstoffe.

1.2 Für Kernreaktoren werden insbesondere folgende Hauptparameter angegeben:

- Reaktortyp,
- Leistung,
- Spaltzone (zB Geometrie, Brennstoff, Beladung, Anreicherung, Abbrand, Leistungsdichte),
- Reaktorgefäß,
- Kühlmittel und Kühlkreisläufe (primär und sekundär),
- Dampferzeuger,
- zulässige Abgaben radioaktiver Stoffe in die Umwelt,
- Art des Sicherheitseinschlusses,
- Sicherheitssysteme.

1.3 Informationen über geplante Kernreaktoren sowie Anlagen für bestrahlten Kernbrennstoff und die Endlagerung radioaktiver Abfälle werden nach der Erteilung der staatlichen Genehmigung zur Errichtung gegeben.**1.4 Über die Inbetriebnahme wird spätestens sechs Monate vor dem Inbetriebnahmetermin informiert.****2. Zu Artikel 3 Absatz 1 des Abkommens:**

Die Benachrichtigung erfolgt gemäß den Bestimmungen des Artikels 5 Absätze 1 und 2 des Übereinkommens über die frühzeitige Benachrichtigung bei nuklearen Unfällen.

3. Zu Artikel 3 Absatz 2 des Abkommens:

Die Benachrichtigung über ungewöhnlich erhöhte Werte der Radioaktivität umfaßt die Angabe, soweit verfügbar,

- der Aktivität und Dosisleistung,
- der Radionuklide,
- des Meßortes,
- des Meßzeitpunktes,
- der meteorologischen Bedingungen zum Zeitpunkt der Messung.

4. Die Übermittlung der Informationen gemäß Artikel 2 erfolgt, sofern sie nicht im Rahmen der Konsultationen gegeben werden,

- seitens der Republik Österreich an das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit der Bundesrepublik Deutschland,
- seitens der Bundesrepublik Deutschland an das Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten der Republik Österreich.

5. Die Übermittlung der Informationen gemäß Artikel 3 erfolgt

- seitens der Republik Österreich an das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit über das Lagezentrum des Bundesministeriums des Innern der Bundesrepublik Deutschland,
Telefon: Bonn 6 81-39 91
Telex : 886896
Telefax: 6 81-46 65
- seitens der Bundesrepublik Deutschland an die Bundeswarnzentrale des Bundesministeriums für Inneres der Republik Österreich,
Telefon: Wien 535 63 63
Telex : 114095 minn a
Telefax: 535 63 64.

Die im letzten Absatz des Notenwechsels vorgesehenen Mitteilungen wurden am 25. Oktober 1993 bzw. 12. September 1994 abgegeben; der Notenwechsel tritt mit 1. Dezember 1994 in Kraft.

Vranitzky

893.

Der Nationalrat hat beschlossen:

Der Abschluß des nachstehenden Staatsvertrages wird genehmigt.

ABKOMMEN

ZWISCHEN DER REPUBLIK ÖSTERREICH UND DER ARGENTINISCHEN REPUBLIK ÜBER DIE FÖRDERUNG UND DEN SCHUTZ VON INVESTITIONEN

DIE REPUBLIK ÖSTERREICH UND DIE ARGENTINISCHE REPUBLIK, im folgenden die „Vertragsparteien“ genannt,

VON DEM WUNSCH GELEITET, günstige Voraussetzungen für eine größere wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen den Vertragsparteien zu schaffen,

IN DER ERKENNTNIS, daß die Förderung und der Schutz von Investitionen die Bereitschaft zur Vornahme solcher Investitionen stärken und dadurch einen wichtigen Beitrag zur Entwicklung der Wirtschaftsbeziehungen leisten können,

SIND WIE FOLGT ÜBEREINGEKOMMEN:

ARTIKEL 1**Definitionen**

Für die Zwecke dieses Abkommens

1. umfaßt der Begriff „Investition“ jeden in sämtlichen Wirtschaftsbereichen veranlagten oder wiederveranlagten Vermögenswert, sofern die Investition gemäß den Gesetzen und Rechtsvorschriften der Vertragspartei, in deren Hoheitsgebiet sie getätigt wird, vorgenommen wurde und insbesondere, aber nicht ausschließlich:
 - a) Eigentum an beweglichen und unbeweglichen Sachen sowie sonstige dingliche Rechte wie Hypotheken, Pfandrechte, Nutzungsrechte und ähnliche Rechte;
 - b) Anteilsrechte und andere Arten von Beteiligungen an Unternehmen;
 - c) Ansprüche auf Geld, das übergeben wurde, um einen wirtschaftlichen Wert zu schaffen, oder Ansprüche auf eine Leistung, die einen wirtschaftlichen Wert hat; Darlehen

CONVENIO

ENTRE LA REPÚBLICA DE AUSTRIA Y LA REPÚBLICA ARGENTINA PARA LA PROMOCIÓN Y LA PROTECCIÓN DE LAS INVERSIONES

LA REPÚBLICA DE AUSTRIA Y LA REPÚBLICA ARGENTINA en adelante denominadas “las Partes Contratantes”,

CON EL DESEO DE CREAR CONDICIONES favorables para una mayor cooperación económica entre las Partes Contratantes,

CONSCIENTES DE QUE que la promoción y la protección de las inversiones podrán fortalecer la disposición a efectuar tales inversiones y aportar de tal modo una contribución importante al desarrollo de las relaciones económicas,

Han convenido lo siguiente:

ARTÍCULO 1**Definiciones**

A los fines del presente Convenio:

1. El término “inversion” designa todo activo invertido o reinvertido en cualquier sector de la actividad económica, siempre que la inversión haya sido realizada conforme con las leyes y reglamentaciones de la Parte Contratante en cuyo territorio ha sido efectuada y, en particular, aunque no exclusivamente:
 - a) la propiedad de bienes muebles e inmuebles y todos los derechos reales tales como hipotecas, prendas, usufructos y derechos similares;
 - b) los derechos de participación y otras formas de participación en las empresas;
 - c) las acreencias sobre fondos remitidos para crear un valor económico o los derechos a toda prestación que tenga un valor económico; los préstamos, solamente

nur unter der Bedingung, daß sie unmittelbar an eine bestimmte Investition gebunden sind;

- d) Urheberrechte, gewerbliche Schutzrechte wie Erfinderpatente, Handelsmarken, gewerbliche Muster und Modelle, sowie registrierte Modelle, technische Verfahren, Know-how, Handelsnamen und Goodwill;
- e) öffentlich-rechtliche Konzessionen für die Aufsuchung und die Gewinnung von Naturschätzen.

Der Inhalt und die Bedeutung der Rechte bezüglich der verschiedenen Vermögenswerte werden durch die Gesetze und Rechtsvorschriften der Vertragspartei, in deren Hoheitsgebiet sich die Investition befindet, bestimmt.

2. bezeichnet der Begriff „Investor“

- a) jede natürliche Person, welche die Staatsangehörigkeit einer Vertragspartei gemäß deren die Staatsangehörigkeit regelnden Gesetzen besitzt und im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei eine Investition tätigt. Jedoch findet das Abkommen keine Anwendung auf Investitionen natürlicher Personen, welche Staatsangehörige einer Vertragspartei sind und im Zeitpunkt der Investition im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei seit mehr als zwei Jahren im Hoheitsgebiet dieser Vertragspartei ihren Wohnsitz haben, es sei denn, die Investition erfolgt aus dem Ausland;
- b) jede juristische Person oder Personengesellschaft des Handelsrechtes, die in Übereinstimmung mit den Rechtsvorschriften einer Vertragspartei geschaffen wurde, ihren Sitz im Hoheitsgebiet dieser Vertragspartei hat und im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei eine Investition tätigt.

3. bezeichnet der Begriff „Erträge“ diejenigen Beträge, die eine Investition erbringt, und insbesondere, aber nicht ausschließlich, Gewinne, Zinsen, Kapitalzuwächse, Dividenden, Tantiemen, Lizenzgebühren und andere Entgelte.

4. bezeichnet der Begriff „Hoheitsgebiet“ das Staatsgebiet sowie auch die Hoheitsgewässer, dh. jene Wasser- und Unterwasserzonen, über welche eine Vertragspartei auf Grund ihrer Gesetze und des Völkerrechtes Souveränität, Hoheitsrechte oder Gerichtsgewalt besitzt.

cuando esten directamente vinculados a una inversión específica;

- d) los derechos de autor, los derechos de propiedad industrial tales como las patentes de invención, marcas registradas, modelos y diseños industriales, así como modelos registrados, procedimientos técnicos, conocimientos tecnológicos, nombres comerciales y la clientela;
- e) las concesiones de derecho público para la prospección y la explotación de los recursos naturales.

El contenido y el alcance de los derechos correspondientes a las diversas categorías de los activos, serán determinados por las leyes y reglamentaciones de la Parte Contratante en cuyo territorio la inversión está situada.

2. El término “inversor” designa:

- a) Toda persona física que tenga la nacionalidad de una de las Partes Contratantes de acuerdo con su legislación en materia de nacionalidad y que efectúe una inversión en el territorio de la otra Parte Contratante. Sin embargo, el Convenio no se aplicará a las inversiones de las personas físicas que son nacionales de una Parte Contratante y que a la fecha de la inversión en el territorio de la otra Parte Contratante estén domiciliados por más de dos años en el territorio de esta otra Parte Contratante, salvo si la inversión proviniera del exterior;
- b) Toda persona jurídica o sociedad de personas de derecho comercial constituida conforme con la legislación de una Parte Contratante, que tenga su sede en el territorio de dicha Parte Contratante y que efectúe una inversión en el territorio de la otra Parte Contratante.

3. El término “ganancias” designa todas las sumas producidas por una inversión y en particular aunque no exclusivamente, los beneficios, intereses, incrementos de capital, dividendos, pagos por derechos de autor, derechos de licencia y otras remuneraciones.

4. El término “territorio” designa el territorio nacional así como las zonas marítimas, es decir las zonas marinas y submarinas en las cuales una Parte Contratante posee soberanía, derechos soberanos o jurisdicción conforme con su legislación y el Derecho Internacional.

ARTIKEL 2

Förderung und Schutz von Investitionen

(1) Jede Vertragspartei fördert nach Möglichkeit in ihrem Hoheitsgebiet Investitionen von Investoren der anderen Vertragspartei, läßt diese in Übereinstimmung mit ihren Rechtsvorschriften zu und behandelt sie in jedem Fall gerecht und billig.

(2) Investitionen gemäß Absatz 1 und ihre Erträge genießen den vollen Schutz dieses Abkommens. Gleiches gilt, unbeschadet der Bestimmungen des Absatzes 1, im Falle einer Wiederveranlagung der Erträge auch für deren Erträge. Die rechtliche Erweiterung, Veränderung oder Umwandlung einer Investition gilt als neue Investition.

ARTIKEL 3

Behandlung von Investitionen

(1) Jede Vertragspartei behandelt Investoren der anderen Vertragspartei und deren Investitionen nicht weniger günstig als ihre eigenen Investoren und deren Investitionen oder Investoren dritter Staaten und deren Investitionen.

(2) Die Bestimmungen gemäß Absatz 1 können nicht dahin gehend ausgelegt werden, daß sie eine Vertragspartei verpflichten, den Investoren der anderen Vertragspartei den gegenwärtigen oder künftigen Vorteil einer Behandlung, einer Präferenz oder eines Privileges einzuräumen, welcher sich ergibt aus

- a) einer Zollunion, einem gemeinsamen Markt, einer Freihandelszone oder der Zugehörigkeit zu einer Wirtschaftsgemeinschaft oder einer anderen wirtschaftlichen Integrationszone;
- b) einem internationalen Abkommen, einer zwischenstaatlichen Vereinbarung oder innerstaatlichen Rechtsvorschrift über Steuerfragen;
- c) Regelungen zur Erleichterung des Grenzverkehrs.

(3) Die Anwendung der Meistbegünstigungsbehandlung erstreckt sich nicht auf die besonderen Begünstigungen, welche die Argentinische Republik ausländischen Investoren für eine im Rahmen einer konzessionellen Finanzierung getätigte Investition gewährt, wie sie in den von der Argentinischen Republik mit der Republik Italien am 10. Dezember 1987 und mit dem Königreich Spanien am 3. Juni 1988 abgeschlossenen bilateralen Abkommen vorgesehen ist.

ARTIKEL 4

Entschädigung

(1) Der Begriff „Enteignung“ umfaßt sowohl eine Verstaatlichung als auch jede sonstige Maßnahme mit gleicher Wirkung.

ARTÍCULO 2

Promoción y protección de las inversiones

(1) Cada una de las Partes Contratantes promoverá en su territorio, en la medida de lo posible, las inversiones de los inversores de la otra Parte Contratante, admitirá esas inversiones conforme con su legislación y les otorgará en todo caso un tratamiento justo y equitativo.

(2) Las inversiones mencionadas en el apartado 1 y sus ganancias gozarán de la plena protección del presente Convenio. Sin perjuicio de las disposiciones del apartado 1, en caso de reinversión de las ganancias, el mismo trato se aplicará a las ganancias de aquellas. La extensión jurídica, la modificación o la transformación de una inversión será considerada como una nueva inversión.

ARTÍCULO 3

Tratamiento de las inversiones

(1) Cada Parte Contratante otorgará a los inversores de la otra Parte Contratante y a sus inversiones, un tratamiento no menos favorable que el otorgado a sus propios inversores y a sus inversiones o a los inversores de terceros Estados y a sus inversiones.

(2) Las disposiciones del apartado 1 no serán interpretadas de manera tal que obliguen a una Parte Contratante a otorgar a los inversores de la otra Parte Contratante una ventaja presente o futura derivada de un tratamiento, de una preferencia o de un privilegio resultante:

- a) de una unión aduanera, de un mercado común, de una zona de libre comercio, o de la pertenencia a una comunidad económica u otra zona de integración económica;
- b) de un acuerdo internacional, de un arreglo intergubernamental o de la legislación interna en materia fiscal;
- c) de regulaciones destinadas a facilitar el tráfico fronterizo.

(3) La aplicación del tratamiento de la nación más favorecida, no se extenderá a los privilegios particulares que la República Argentina reserve a los inversores extranjeros en virtud de una inversión realizada en el marco de un financiamiento concesional, como está previsto en los acuerdos bilaterales que la República Argentina ha concluido con la República de Italia el 10 de diciembre de 1987 y con el Reino de España el 3 de junio de 1988.

ARTÍCULO 4

Indemnizaciones

(1) El término “expropiación” comprende tanto la nacionalización como toda otra medida que tenga un efecto equivalente.

(2) Investitionen von Investoren einer Vertragspartei dürfen im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei nur im öffentlichen Interesse, auf Grund eines rechtmäßigen Verfahrens und gegen Entschädigung enteignet werden. Die Entschädigung muß dem Wert der Investition unmittelbar vor dem Zeitpunkt entsprechen, in dem die tatsächliche oder drohende Enteignung öffentlich bekannt wurde. Die Entschädigung muß ohne ungebührliche Verzögerung geleistet werden und ist bis zum Zeitpunkt der Zahlung mit dem üblichen bankmäßigen Zinssatz jenes Staates, in dessen Hoheitsgebiet die Investition durchgeführt wurde, zu verzinsen; sie muß tatsächlich verwertbar und frei transferierbar sein. Spätestens im Zeitpunkt der Enteignung muß in geeigneter Weise für die Festsetzung und Leistung der Entschädigung Vorsorge getroffen worden sein.

(3) Enteignet eine Vertragspartei die Vermögenswerte einer Gesellschaft, die in Anwendung von Artikel 1 Absatz 2 dieses Abkommens als ihre eigene Gesellschaft anzusehen ist, und an welcher der Investor der anderen Vertragspartei Anteilsrechte besitzt, so wendet sie die Bestimmungen des Absatzes 2 dieses Artikels dergestalt an, daß die angemessene Entschädigung dieses Investors sichergestellt wird.

(4) Dem Investor steht das Recht zu, die Rechtmäßigkeit der Enteignung und die Höhe der Entschädigung durch die zuständigen Organe der Vertragspartei, welche die Enteignung veranlaßt hat, überprüfen zu lassen.

(5) Dem Investor steht ferner das Recht zu, die Höhe der Entschädigung entweder durch die zuständigen Organe der Vertragspartei, welche die Enteignung veranlaßt hat, oder durch ein internationales Schiedsgericht gemäß Artikel 8 dieses Abkommens überprüfen zu lassen.

ARTIKEL 5

Transfers

(1) Jede Vertragspartei gewährleistet den Investoren der anderen Vertragspartei ohne ungebührliche Verzögerung den freien Transfer in frei konvertierbarer Währung der im Zusammenhang mit einer Investition stehenden Zahlungen, und insbesondere, aber nicht ausschließlich,

- a) des Kapitals und der zusätzlichen Beträge zur Aufrechterhaltung oder Erweiterung der Investition;
- b) der Beträge, die zur Abdeckung der Ausgaben im Zusammenhang mit der Verwaltung der Investition bestimmt waren;
- c) der Erträge;
- d) der Rückzahlung von Darlehen, wie sie in Art. 1 Abs. 1 c) definiert sind;

(2) Las inversiones de los inversores de una Parte Contratante no podrán ser expropiadas en el territorio de la otra Parte Contratante mas que por causa de utilidad pública, en virtud de un procedimiento legal y mediando indemnización. El monto de la indemnización corresponderá al valor que tenía la inversión inmediatamente antes del momento en que la expropiación efectuada o inminente se hizo pública. La indemnización deberá ser pagada sin demora indebida y deberá producir intereses hasta el momento del pago, de acuerdo con la tasa bancaria usual del Estado en cuyo territorio haya sido realizada la inversión; deberá ser efectivamente realizable y libremente transferible. La determinación y el pago de la indemnización deberán ser previstos de manera adecuada a más tardar en el momento de la expropiación.

(3) Cuando una Parte Contratante expropie los activos financieros de una sociedad que, conforme con las disposiciones del Artículo 1, apartado 2 del presente Convenio, sea considerada como sociedad perteneciente a esa Parte Contratante y en la cual el inversor de la otra Parte Contratante tuviera derechos de participación, aquella aplicará las disposiciones del apartado 2 de este Artículo de manera tal que la indemnización apropiada del inversor resulte asegurada.

(4) El inversor tendrá derecho a pedir que la legalidad de la expropiación y el monto de la indemnización sean reexaminados por las autoridades competentes de la Parte Contratante que haya decidido la expropiación.

(5) El inversor tendrá derecho a solicitar asimismo, que el monto de la indemnización sea reexaminado por las autoridades competentes de la Parte Contratante que haya decidido la expropiación, o por un tribunal arbitral internacional conforme al Artículo 8 de este Convenio.

ARTÍCULO 5

Transferencias

(1) Cada Parte Contratante garantizará a los inversores de la otra Parte Contratante la libre transferencia de los pagos relativos a una inversión, sin demora indebida, y en moneda libremente convertible, y en particular aunque no exclusivamente:

- a) del capital y de las sumas complementarias para mantener o acrecentar la inversión;
- b) de las sumas que hubiesen sido destinadas a cubrir los gastos derivados de la gestión de la inversión;
- c) de las ganancias;
- d) del reembolso de los préstamos definidos en el apartado 1 (c) del Artículo 1;

- e) des Erlöses im Falle vollständiger oder teilweiser Liquidation oder Veräußerung der Investition;
- f) der Entschädigungen gemäß Artikel 4 Absatz 2 dieses Abkommens.

(2) Der freie Transfer erfolgt gemäß den von jeder der Vertragsparteien festgesetzten Verfahren, mit der Maßgabe, daß sie dieses Recht nicht verweigern, aufheben oder abändern dürfen.

(3) Die Überweisungen gemäß diesem Artikel erfolgen zu den Wechselkursen, die am Tage der Überweisung gelten.

(4) Die Wechselkurse werden im Rahmen des jeweiligen Bankensystems im Hoheitsgebiet jeder der Vertragsparteien festgelegt. Die Bankgebühren werden gerecht und angemessen sein.

ARTIKEL 6

Eintrittsrecht

Leistet eine Vertragspartei oder eine von ihr hiezu ermächtigte Institution ihrem Investor Zahlungen auf Grund einer Garantie für eine Investition im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei, so erkennt diese andere Vertragspartei, unbeschadet der Rechte des Investors der erstgenannten Vertragspartei aus Artikel 8 oder der Rechte der erstgenannten Vertragspartei aus Artikel 9, die Übertragung aller Rechte oder Ansprüche dieses Investors kraft Gesetzes oder auf Grund eines Rechtsgeschäfts auf die erstgenannte Vertragspartei an. Ferner erkennt die andere Vertragspartei den Eintritt der erstgenannten Vertragspartei in alle diese Rechte oder Ansprüche an, welche die erstgenannte Vertragspartei in demselben Umfang wie ihr Rechtsvorgänger auszuüben berechtigt ist. Für den Transfer der an die betreffende Vertragspartei auf Grund der übertragenen Rechte zu leistenden Zahlungen gelten Artikel 4 und Artikel 5 dieses Abkommens sinngemäß.

ARTIKEL 7

Andere Verpflichtungen

(1) Ergibt sich aus den Rechtsvorschriften einer Vertragspartei oder aus völkerrechtlichen Verpflichtungen, die neben diesem Abkommen zwischen den Vertragsparteien bestehen oder in Zukunft begründet werden, allgemeine oder besondere Regelungen, durch die den Investitionen der Investoren der anderen Vertragspartei eine günstigere Behandlung als nach diesem Abkommen zu gewähren ist, so gehen diese Regelungen dem vorliegenden Abkommen insoweit vor, als sie günstiger sind.

- e) del producto de la liquidación o venta total o parcial de la inversión;

- f) de las indemnizaciones debidas en aplicación del apartado 2 del Artículo 4 del presente Convenio.

(2) La libre transferencia tendrá lugar de conformidad con los procedimientos establecidos por cada Parte Contratante, entendiéndose que éstos no podrán denegar, suspender o desnaturalizar ese derecho.

(3) Las transferencias mencionadas en este Artículo serán efectuadas al tipo de cambio en vigor en la fecha de la transferencia.

(4) Los tipos de cambio serán fijados en el marco del sistema bancario respectivo existente en el territorio de cada Parte Contratante. Los gastos bancarios serán justos y equitativos.

ARTÍCULO 6

Derecho de subrogación

Cuando una Parte Contratante o una institución autorizada por ésta efectuara pagos a uno de sus inversores, en virtud de una garantía acordada por una inversión realizada en el territorio de la otra Parte Contratante, esta otra Parte Contratante reconocerá la transferencia legal o contractual a la primera Parte Contratante de todos los derechos o pretensiones de este inversor, sin perjuicio del ejercicio de los derechos del inversor de la primera Parte Contratante resultantes del artículo 8 o de los derechos de la primera Parte Contratante resultantes del artículo 9. Asimismo, la otra Parte Contratante reconocerá la subrogación de la primera Parte Contratante en todos estos derechos o pretensiones, que la primera Parte Contratante tendrá derecho a ejercer con el mismo alcance que su predecesor en derecho. Para la transferencia de los pagos debidos a la Parte Contratante respectiva en virtud de los derechos subrogados se aplicarán por analogía el Artículo 4 y el Artículo 5 del presente Convenio.

ARTÍCULO 7

Otras obligaciones

(1) Si de la legislación de una de las Partes Contratantes o de las obligaciones de derecho internacional, que existan además del presente convenio entre las Partes Contratantes o que sean contraídas por ellas en el futuro, resultaran regulaciones de carácter general o particular, por las que se acuerde a las inversiones de los inversores de la otra Parte Contratante un tratamiento más favorable que el otorgado en virtud del presente Convenio, estas regulaciones prevalecerán sobre el presente Convenio en la medida que sean mas favorables.

(2) Jede Vertragspartei hält jede vertragliche Verpflichtung ein, die sie gegenüber den Investoren der anderen Vertragspartei in bezug auf von ihr genehmigte Investitionen in ihrem Hoheitsgebiet übernommen hat.

ARTIKEL 8

Beilegung von Investitionsstreitigkeiten

(1) Jede Meinungsverschiedenheit aus Investitionen zwischen einem Investor der einen Vertragspartei und der anderen Vertragspartei betreffend die von diesem Abkommen geregelten Angelegenheiten wird, soweit wie möglich, durch freundschaftliche Konsultationen zwischen den Streitparteien beigelegt.

(2) Führen diese Konsultationen innerhalb von sechs Monaten zu keiner Regelung, kann die Meinungsverschiedenheit dem zuständigen Verwaltungs- oder Gerichtsverfahren der Vertragspartei, in deren Hoheitsgebiet die Investition getätigt wurde, unterbreitet werden.

(3) Die Meinungsverschiedenheit kann einem Schiedsgericht in folgenden Fällen unterbreitet werden:

- a) falls nach Ablauf einer Frist von 18 Monaten ab Mitteilung über die Einleitung des Verfahrens bei den vorgenannten Behörden keine meritorische Entscheidung getroffen wurde;
- b) falls eine solche Entscheidung getroffen wurde, aber die Meinungsverschiedenheit weiterbesteht. In diesem Fall werden die betreffenden vorher auf nationaler Ebene gefällten Entscheidungen durch die Anrufung des Schiedsgerichtes wirkungslos;
- c) falls die beiden Streitparteien sich in diesem Sinne geeinigt haben.

(4) Zu diesem Zweck gibt jede Vertragspartei nach den Bestimmungen dieses Abkommens ihre vorherige und unwiderrufliche Zustimmung, wonach jede Meinungsverschiedenheit diesem Schiedsverfahren unterbreitet wird. Ab Einleitung eines Schiedsverfahrens ergreift jede Streitpartei alle gebotenen Maßnahmen, um sich von dem laufenden Gerichtsverfahren zurückzuziehen.

(5) Im Falle der Beantragung eines internationalen Schiedsverfahrens kann die Meinungsverschiedenheit nach Wahl des Investors vor eines der nachstehend genannten Schiedsorgane getragen werden:

- vor das Internationale Zentrum für die Beilegung von Investitionsstreitigkeiten (ICSID), welches durch die Konvention über die Beilegung von Investitionsstreitigkeiten zwischen Staaten und Staatsangehörigen anderer Staaten *), die am 18. März 1965 in Washington zur Unterzeichnung aufgelegt wurde, geschaf-

(2) Cada Parte Contratante respetará toda obligación contractual que haya contraído con respecto a los inversores de la otra Parte Contratante relativa a las inversiones que haya admitido en su territorio.

ARTÍCULO 8

Solución de controversias relativas a las inversiones

(1) Toda controversia relativa a las inversiones entre un inversor de una de las Partes Contratantes y la otra Parte Contratante sobre las materias regidas por el presente Convenio será, en la medida de lo posible, solucionada por consultas amistosas entre las partes en la controversia.

(2) Si estas consultas no aportaran una solución en un plazo de seis meses, la controversia podrá ser sometida a la jurisdicción administrativa o judicial competente de la Parte Contratante en cuyo territorio se realizó la inversión.

(3) La controversia podrá ser sometida a un tribunal arbitral en los casos siguientes:

- a) cuando no haya una decisión sobre el fondo, luego de la expiración de un plazo de dieciocho meses contados a partir de la notificación de la iniciación del procedimiento ante la jurisdicción arriba citada;
- b) cuando tal decisión haya sido emitida pero la controversia subsista. En tal caso, el recurso al tribunal de arbitraje privará de efectos a las decisiones correspondientes adoptadas con anterioridad en el ámbito nacional;
- c) cuando las dos partes en la controversia lo hayan así convenido.

(4) Con este fin, cada Parte Contratante otorga, en las condiciones del presente Convenio, su consentimiento anticipado e irrevocable para que toda controversia sea sometida a este arbitraje. A partir del comienzo de un procedimiento de arbitraje, cada parte en la controversia tomará todas las medidas requeridas para su desistimiento de la instancia judicial en curso.

(5) En caso de recurso al arbitraje internacional, la controversia podrá ser llevada ante uno de los órganos de arbitraje designados a continuación, a elección del inversor:

- al Centro Internacional de Arreglo de Diferencias Relativas a Inversiones (C.I.A.D.I.), creado por el "Convenio sobre Arreglo de Diferencias relativas a las inversiones entre Estados y nacionales de otros Estados", abierto a la firma en Washington, el 18 de marzo de 1965, cuando cada Estado parte en el presente Convenio haya

*) Kundgemacht in BGBl. Nr. 357/1971

- fen wurde, wenn jeder der Vertragsparteien dieser beigetreten sein wird. Solange diese Bedingung nicht erfüllt ist, stimmt jede Vertragspartei zu, daß die Meinungsverschiedenheit dem Schiedsverfahren nach der ergänzenden ICSID-Schiedsordnung unterbreitet wird;
- vor ein Ad-hoc-Schiedsgericht, das nach der UNCITRAL-Schiedsordnung eingerichtet wird.

(6) Das Schiedsorgan entscheidet auf der Grundlage der Rechtsordnung jener Vertragspartei, die Streitpartei ist, einschließlich der Regeln des internationalen Privatrechts, der Bestimmungen dieses Abkommens, der Bestimmungen allfälliger besonderer über die Investition geschlossener Abkommen, sowie der einschlägigen Grundsätze des Völkerrechts.

(7) Der Schiedsspruch ist endgültig und bindend; er wird nach innerstaatlichem Recht vollstreckt; jede Vertragspartei stellt die Anerkennung und Durchsetzung des Schiedsspruches in Übereinstimmung mit ihren einschlägigen Rechtsvorschriften sicher.

(8) Die Vertragspartei, die Streitpartei ist, macht in keinem Stadium des Vergleichs- oder Schiedsverfahrens oder der Durchsetzung eines Schiedsspruches als Einwand geltend, daß der Investor, der die andere Streitpartei bildet, auf Grund einer Garantie bezüglich aller oder Teile seiner Verluste eine Entschädigung erhalten habe.

ARTIKEL 9

Streitigkeiten zwischen den Vertragsparteien

(1) Jede Meinungsverschiedenheit über die Auslegung oder Anwendung dieses Abkommens soll soweit wie möglich auf diplomatischem Wege beigelegt werden.

(2) Mangels einer Einigung auf diplomatischem Wege wird die Meinungsverschiedenheit einer aus Vertretern der beiden Parteien zusammengesetzten Kommission unterbreitet; diese tritt auf Verlangen einer Vertragspartei ohne ungebührliche Verzögerung zusammen.

(3) Kann eine der im Absatz 1 erwähnten Meinungsverschiedenheiten nicht innerhalb von sechs Monaten beigelegt werden, so wird sie auf Verlangen einer der beiden Vertragsparteien einem Schiedsgericht unterbreitet.

(4) Das Schiedsgericht wird von Fall zu Fall gebildet, indem jede Vertragspartei ein Mitglied bestellt und beide Mitglieder sich auf eine dritte Person als Vorsitzenden einigen. Die Mitglieder sind innerhalb von zwei Monaten, nachdem die eine Vertragspartei der anderen mitgeteilt hat, daß sie

adherido a aquél. Mientras esta condición no se cumpla, cada Parte Contratante da su consentimiento para que la controversia sea sometida al arbitraje conforme con el reglamento del mecanismo complementario del C.I.A.D.I.;

- a un tribunal de arbitraje “ad hoc”, establecido de acuerdo con las reglas de arbitraje de la Comisión de las Naciones Unidas para el Derecho Mercantil Internacional (C.N.U.D.M.I.).

(6) El órgano arbitral decidirá en base al derecho de la Parte Contratante que sea parte en la controversia — incluidas las normas de derecho internacional privado —, en base a las disposiciones del presente Convenio y a los términos de eventuales acuerdos específicos concluidos con relación a la inversión, como así también según los principios del derecho internacional en la materia.

(7) La sentencia será definitiva y obligatoria y será ejecutada de conformidad con la legislación nacional; cada Parte Contratante garantiza el reconocimiento y ejecución de la sentencia arbitral de conformidad con sus respectivas disposiciones legales.

(8) En ninguna etapa del procedimiento de conciliación o de arbitraje o de la ejecución de una sentencia arbitral, la Parte Contratante, que sea parte en una controversia, planteará excepciones, por el hecho de que el inversor que sea parte contraria en la controversia haya percibido, en virtud de una garantía, una indemnización que cubra total o parcialmente sus pérdidas.

ARTÍCULO 9

Controversias entre las Partes Contratantes

(1) Toda controversia relativa a la interpretación o aplicación del presente Convenio deberá solucionarse, en lo posible, por la vía diplomática.

(2) A falta de acuerdo por la vía diplomática, la controversia será sometida a una comisión, compuesta por representantes de las dos Partes; ésta se reunirá a solicitud de una Parte Contratante sin demora injustificada.

(3) Si una de las controversias a que se hace referencia en el apartado 1 no pudiese ser solucionada en un plazo de seis meses, será sometida a solicitud de cualquiera de las Partes Contratantes a un tribunal arbitral.

(4) El tribunal arbitral se constituirá para cada caso particular a través de la designación de un miembro por cada una de las Partes Contratantes y del acuerdo de estos dos miembros sobre una tercera persona en calidad de presidente. Los miembros deberán ser designados dentro de los dos meses

die Meinungsverschiedenheit einem Schiedsgericht unterbreiten will, zu bestellen, der Vorsitzende innerhalb von weiteren zwei Monaten.

(5) Werden die in Absatz 3 genannten Fristen nicht eingehalten, so kann in Ermangelung einer anderen Vereinbarung jede Vertragspartei den Präsidenten des Internationalen Gerichtshofes bitten, die erforderlichen Ernennungen vorzunehmen. Besitzt der Präsident des Internationalen Gerichtshofes die Staatsangehörigkeit einer der beiden Vertragsparteien oder ist er aus einem anderen Grund verhindert diese Funktion auszuüben, so kann der Vizepräsident, oder im Falle seiner Verhinderung, das dienstälteste Mitglied des Internationalen Gerichtshofes unter denselben Voraussetzungen eingeladen werden, die Ernennungen vorzunehmen.

(6) Das Schiedsgericht beschließt seine eigene Verfahrensordnung.

(7) Das Schiedsgericht entscheidet auf Grund dieses Abkommens sowie auf Grund der allgemein anerkannten Regeln des Völkerrechtes. Es entscheidet mit Stimmenmehrheit; der Schiedsspruch ist endgültig und bindend.

(8) Jede Vertragspartei trägt die Kosten ihres Mitglieds und ihrer Vertretung in dem Schiedsverfahren. Die Kosten des Vorsitzenden sowie die sonstigen Kosten werden von den beiden Vertragsparteien zu gleichen Teilen getragen.

ARTIKEL 10

Anwendung dieses Abkommens

(1) Dieses Abkommen gilt für Investitionen, die Investoren der einen Vertragspartei in Übereinstimmung mit den Rechtsvorschriften der anderen Vertragspartei in deren Hoheitsgebiet sowohl vor als auch nach dem Inkrafttreten dieses Abkommens vorgenommen haben oder vornehmen werden.

(2) Dieses Abkommen gilt nicht für Streitigkeiten oder Beschwerden, die vor seinem Inkrafttreten Gegenstand einer Befassung der nationalen Behörden waren oder geregelt wurden.

ARTIKEL 11

Inkrafttreten und Dauer

(1) Dieses Abkommen bedarf der Ratifikation und tritt am ersten Tag des dritten Monats in Kraft, der auf den Monat folgt, in welchem die Ratifikationsurkunden ausgetauscht worden sind.

(2) Das Abkommen bleibt zehn Jahre lang in Kraft; nach deren Ablauf wird es auf unbestimmte

siguientes a la notificación por una de las Partes Contratantes a la otra Parte de su intención de someter la controversia a un tribunal arbitral; el presidente deberá ser designado dentro de un plazo suplementario de dos meses.

(5) Si los plazos fijados en el apartado 3 no fuesen respetados y en ausencia de todo otro arreglo, cada Parte Contratante podrá invitar al Presidente de la Corte Internacional de Justicia a que proceda a efectuar las designaciones necesarias. Si el presidente de la Corte Internacional de Justicia poseyera la nacionalidad de una de las Partes Contratantes o si por cualquier otra razón no pudiese ejercer esta función, el Vicepresidente o, en caso de que éste se hayase impedido, el miembro más antiguo de la Corte Internacional de Justicia, podrá ser invitado bajo las mismas condiciones a proceder a las designaciones.

(6) El tribunal arbitral fijará su propio procedimiento.

(7) El tribunal arbitral decidirá en virtud del presente Convenio así como de las normas de derecho internacional generalmente reconocidas. Decidirá por mayoría de votos y la sentencia será definitiva y obligatoria.

(8) Cada Parte Contratante sufragará los gastos de su miembro y de su representación en el procedimiento de arbitraje. Los gastos del Presidente así como los demás gastos serán sufragados por partes iguales por las Partes Contratantes.

ARTÍCULO 10

Aplicación del presente Convenio

(1) El presente Convenio se aplicará a las inversiones que los inversores de una Parte Contratante efectuen o hayan efectuado de conformidad con la legislación de la otra Parte Contratante sobre el territorio de esta última tanto antes como después de la entrada en vigor del presente Convenio.

(2) El presente Convenio no se aplicará a las controversias o reclamos que hayan sido planteados ante las autoridades nacionales o que hayan sido solucionados de su entrada en vigor.

ARTÍCULO 11

Entrada en vigor y validez

(1) El presente Convenio será ratificado y entrará en vigor el primer día del tercer mes siguiente al mes en el que se hayan intercambiado los instrumentos de ratificación.

(2) El presente Convenio continuará en vigencia por un periodo de diez años; después de la

Zeit verlängert und kann von jeder Vertragspartei unter Einhaltung einer Kündigungsfrist von zwölf Monaten schriftlich auf diplomatischem Wege gekündigt werden.

(3) Für Investitionen, die bis zum Zeitpunkt des Außerkrafttretens dieses Abkommens vorgenommen worden sind, gelten die Artikel 1 bis 10 dieses Abkommens noch für weitere zehn Jahre vom Tage des Außerkrafttretens des Abkommens an.

GESCHEHEN zu Buenos Aires, am 7. August 1992, in zwei Urschriften, jede in deutscher und spanischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen authentisch ist.

Für die Republik Österreich:
Dr. Gerhard Heible

Für die Argentinische Republik:
Guido Di Tella

expiración de este período será prorrogado por una duración indefinida y podrá ser denunciado por escrito por la vía diplomática por cualquiera de las Partes Contratantes observando un plazo de preaviso de doce meses.

(3) Para las inversiones efectuadas antes de la expiración del presente Convenio, los Artículos 1 a 10 se mantendrán vigentes por un período suplementario de diez años, contados a partir del día de expiración del Convenio.

HECHO en Buenos Aires, el 7 de agosto de 1992, en dos originales, en lenguas alemana y española, los dos textos haciendo igualmente fe.

Por la Republica de Austria:
Dr. Gerhard Heible

Por la Republica Argentina:
Guido Di Tella

Die vom Bundespräsidenten unterzeichnete und vom Bundeskanzler gegengezeichnete Ratifikationsurkunde wurde am 19. Oktober 1994 ausgetauscht; das Abkommen tritt gemäß seinem Art. 11 Abs. 1 mit 1. Jänner 1995 in Kraft.

Vranitzky